

# Freitaler Hüttenarbeiter gegen die SPD-Hehe

## Die Versammlung für Verbreiterung der Kampffront

Die von der SPD am vergangenen Freitag einberufene öffentliche Versammlung im „Sächsischen Volk“ in Freital wurde zu einer einflussreichen Hüttenarbeiterkundgebung. Trotz der Hehe der SPD-Führer gegen diese Versammlung war der Saal voll besetzt. Die größte Zahl der Versammelten waren sozialdemokratische und parteilose Arbeiter. Selbst Mitglieder der Streikleitung lehnten es ab, eine solche wichtige Kundgebung aus eigennütigen Parteinteressen zu boykottieren und erschienen.

Die Versammlungsleitung wies bei der Eröffnung der Versammlung darauf hin, daß der Zweck derselben sei, die breite Masse der Arbeiterkraft für den Hüttenarbeiterkampf zu interessieren.

In sehr sachlichen Ausführungen legte Genosse Bieger, M. d. L., der 11 Jahre in einem Martinwerk als Hüttenarbeiter gearbeitet hat, den Versammelten Ursachen und Wirkungen dieses Kampfes auseinander. Er kennzeichnete die Tatsache, daß wir nach den „Ereignissen“ der Novemberrevolution zu wirtschaftlichen Kämpfen dieser Art gezwungen seien. Als drastisches Beispiel der Koalitionsunmöglichkeit zeigte er, wie in Berlin aus Grund des Schlichtungsunwillens anlässlich des Puhlerstreiks jeder Streikende 10 RM Strafe bezahlen muß, weil er das Streikrecht anwandte. Redner ging dann ausführlich auf die wirtschaftliche Lage ein, die zur Verhäufung der Gegensätze zwischen dem Proletariat und den Industriellen führen muß. Die Industriellen rüsteten bereits zu weit größeren Kampfhandlungen gegen die Arbeiter. Die Metallindustriellen haben bereits ein 12köpfiges Aktionskomitee gebildet, das mit allen Vollmachten ausgerüstet ist, um die Auslieferung der gesamten Metallindustrie zu veranlassen. Die Antwort auf diese Provokation muß die aktiv einheitliche Front aller Arbeiter sein. Redner forderte:

1. Restlose Ersetzung aller Kollegen zur freigewerkschaftlichen Organisation!
2. Kein Zurück-in-den-Betrieb bei über achtstündiger Arbeitszeit und ohne Erlass des Lohnausfalls!
3. Keine Notstandsarbeit unter solcher Flagge!
4. Gemeinsame Kampffront aller Arbeiter!
5. Keine Streikbrecherarbeit durch Verhelfer!
6. Kein Vertragen der Frauen, sondern Kampfgemeinschaft!
7. Ausbau der Gewerkschaften zu ihrem ursprünglichen Zweck: zu Kampforganisationen!

Redner schloß unter lebhafter Zustimmung mit den Worten „Vorwärts durch Kampf zum Sieg!“

Dem Redner folgte eine lebhafte Aussprache. Ein Kollege brandmarkte, daß im Werk Verhelfer zum Kohlenausladen verwendet werden, die sozialdemokratische Betriebsrat es aber ablehnte, gegen diese Streikbrecheraktivität einzuschreiten. Von Parteifreunden wurde das Verhalten der Zeitung stark gegeißelt. Ein Kollege erklärte, daß man gegen die Zeitung nur Vertrauen haben könne. Schon im Juli 1925 habe er mit einem der Führer gesprochen und erklärt, bei der nächsten Bewegung müsse der Redaktionsrat ersäuft werden. Aber schon damals habe dieser Führer erklärt, das sei unmöglich. Damit zeige sich, daß diese Führer gar nicht ernsthaft kämpfen wollen.

Ein anderer Arbeiter stellte fest, daß seit 14 Tagen keine Versammlung stattgefunden habe. Ein Aufruf sollte sein, daß die Volkspartei noch aufzufordere, die Versammlung nicht zu boykottieren.

Aus der Versammlung wurde gefragt, weshalb die Streikleitung nicht zu dem Redner Stellung nehme. Trotz Aufrorderung meldete sich aber von der Streikleitung niemand zum Wort. Die Zeitung drückte sich. Sie hat nicht den Mut, die Bewegung direkt abzubrechen. Sie führt aber eine Sabotage, um den Kampf beiseite zu lassen. Aus der Versammlung wurde gefordert, daß die SPD die Streikenden unterstützen soll. Der Vertreter der SPD erklärte, daß diese hierzu bereit sei und, wenn dringender notwendig, einsteifen werde, jedoch zuerst noch andere Verpflichtungen habe.

Die von uns am Sonnabend abendratete Entscheidung wurde einstimmig angenommen. Die Arbeiterkraft zeigte durch den guten Besuch der Versammlung, durch die Annahme der Entschließung, daß sie gewillt ist, den Kampf mit Entschiedenheit weiterzuführen, daß sie sich nicht von der SPD wird gegen die SPD verbeten lassen. Der starke Besuch war die beste Antwort auf die von der SPD entfachte Hehe.

Die Freitaler Volkspartei soll deswegen vor Wat gegen die Versammlung. Sie geht sich in wüsten Schimpereien und versucht den Erfolg herabzusetzen. Man kann das Urteil über die Schamerei den Arbeitern selbst überlassen.

Die Arbeiter aber müssen und werden alles tun, den Kampf energisch fortzuführen. Von keinem Ausgang hängt sehr viel ab für den nächsten Kampf der sächsischen Hüttenarbeiter. Deswegen muß insbesondere die gesamte Metallarbeiterkraft bereit sein, den Kampf zu unterstützen.

## Die „Krise“

Hindenburg soll erneut eingreifen — Die Deutschnationalen drohen mit einem Geschäftskabinet

Die Auseinandersetzung zwischen den Bürgerblockparteien im Anschluß an den Hindenburgbrief hat in der Sonntagspresse in ziemlich scharfer Form ihren Ausdruck gefunden. Das Zentrum hat in der Sitzung des interfraktionellen Ausschusses am Sonnabend durch den Fraktionsvorsitzenden v. Guérard der Deutschen Volkspartei den Vorwurf gemacht, daß ihre Anträge zum Reichsschulgesetz verfassungsändernd seien und somit gegen die Richtlinien der Bürgerblockregierung verstießen. Guérard knüpfte daran die Aufforderung, die Deutsche Volkspartei möge Minister Stresemann und Curtius aus der Reichsregierung zurückziehen. Die gleiche Forderung wird von Guérard in einem Sonntag-Reitartikel verfochten.

Nachdem die Deutsche Volkspartei bereits durch eine Fraktionsentscheidung am Sonnabend die Zentrumsforderungen zurückwies und die Abstützung in der Regierung zu bleiben, fand gestern eine Tagung des Reichsschulenausschusses der Stresemannpartei statt, an der etwa 400 Delegierte teilnahmen. Nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Kunte, das die allen vorkommenden Fragen über die Wahrung der Gewissensfreiheit und des Elternrechts, sowie Gleichstellung der Simultanschule und anglicanischer Liberalismus“ der Volkspartei enthielt, sprach der Vorsitzende der Reichstagsfraktion Dr. Schulz und von der Landtagsfraktion v. Kampe. Zum Schluß wurde eine nichtsjandige Resolution angenommen.

Sugenbergs Montag erklärt zu dieser Lage, daß auch die gegenwärtigen neuerlichen interfraktionellen Auseinandersetzungen der Bürgerblockparteien wohlweislich keine Lösung bringen werden. In diesem Falle spricht er von einem erneuten Eingreifen Hindenburgs und der eventuellen Bildung eines Geschäftskabinetts durch denselben.

Der Vorwärts nimmt in der Sonntagausgabe mit einem Leitartikel zur Frage der Regierungskrisis Stellung, wobei er den künftigen Versuch macht, Hindenburg gegen die Deutschnationalen auszuspielen, die angeblich den „Ketter torrigieren“ wollen. Er setzt also das schamlose Mandat der SPD fort, bei den Arbeitern für den „Republikaner Hindenburg“ Reformen zu treiben.

Das „Spiel der Regierungskrisis“ geht also mit Hilfe der SPD weiter. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß die Bürgerblockparteien bei ihrem Mandat einmal über den Strang schlagen und dadurch tatsächlich Neuwahlen zustande kommen. Aber das Proletariat darf nicht auf eine solche Möglichkeit rechnen, vielmehr müssen sich die Arbeiter darüber klar sein, daß nur ihr Kampf am den Sturz des Bürgerblocks und Reichstagsauflösung einen sicheren Weg zur Beseitigung der reaktionären Schandblatte darstellt.

Auch der Dresdner Anzeiger nimmt heute unter der Überschrift „Scharie Jähplung“ zu der Krise Stellung. Er schreibt, das Schulgesetz sei endgültig gescheitert, die Koalition werde schwerlich unbeschädigt aus diesem Konflikt hervorgehen. Man versuche vor allen Dingen den Reichstag zu retten. Der letzte Ausweg, um eine Auflösung des Reichstages zu verhindern, sei ein Beamtenkabinet. Hieraus können die Arbeiter am besten ersehen, daß die Bürgerblockparteien keine Auflösung am besten, deswegen Kampf der Arbeiter gegen den Bürgerblock.

## Gememörder haben gute Tage

Die Welt am Montag berichtet über eine ausgezeichnete Behandlung der sächsischen Gememörder Schulz, Klapproth, Umhofer im Berliner Gefängnis Flögenzie durch die Klassenjustiz. So sind den Gememörder in den letzten Tagen u. a. zu ihrer Bequemlichkeit auf Lehnstuhl zugestimmt worden. Der Anführer der Gememörder, Oberleutnant Schulz, der sich in einer Krankenstube befindet, hatte am 3. Februar Geburtstag, und an diesem Tag nicht weniger als 16 Gratulanten empfangen, darunter den berühmten Buchhändler, den Organisator des Kaiserin Rathkes, und den Stahlhelmführer und Eisfabrikanten Seidte.

Den proletarischen politischen Gefangenen werden solche Vergünstigungen nicht geboten. Wir erinnern an die Vergiftungs-erkrankungen der politischen Gefangenen in Gollnow. Die proletarischen Gefangenen sind keine gemeinen Gememörder, sie haben keinen heimtückischen hinterlistigen Mord bezogen. Die erbliden proletarischen Klassenkämpfer werden aber miserabel behandelt, während die Gememörder alle Bequemlichkeiten haben. Die Antwort der Arbeiter auf dieses Verhalten der republikanischen Justiz muß die Verschärfung des Kampfes um die Amnestie, die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen sein.

## Wichtiger Aufruf gegen den Stahlhelm

Blasage Ludendorfs — Der General ohne Saal  
Frankfurt a. Main, 13. Febr. (Eig. Drahtbericht.)  
Am Sonnabend sollte eine große Veranstaltung der Nationalsozialisten stattfinden, in der Ludendorfer referieren sollte. Da kein einziger Saalbesitzer keine Räume für diese Versammlung hergab, reiste Ludendorfer bereits am Sonnabend wieder von Frankfurt a. Main ab. Die Demonstration, die die Nationalsozialisten gestern trotzdem zur Durchführung bringen wollten, war nur von 100 bis 200 Leuten besucht, während die Gegen-demonstration, zu der die SPD und der KZV aufgerufen hatten,

## Bürgerblock bedeutet soziale Reaktion

Ein Vorstoß des Aufertums — Genosse Kädel spricht zum Sozialrat

Reichstagsentscheidungsbericht  
Die Sitzung beginnt mit einem Vorstoß des reaktionären Wandertums. Der deutschnationalen Sittenprediger Mumm beantragt im Hinblick auf die Verleumdungen über den Kampf-Prozess, folgenden Antrag sofort ohne Ausdrücke dem Reichstagspräsidenten zu überreichen:  
„§ 17a des Strafgesetzbuchs soll lauten: „Prozessberichte, die geeignet sind, das Geschlechtsgedühl der Jugend zu überreizen oder irrezulieren, sind verboten.“

Präsident Loebe erklärt, der Antrag sei aktuell, man solle sich am Schluß der Sitzung schlüssig machen, damit die Fraktionen inszwischen Stellung nehmen können.

Die zweite Lesung des Haushalts des Reichsarbeitsmini-steriums wird fortgesetzt.

Der Deutschnationalen Haedekamp wendet sich gegen die Ratifizierung der internationalen Arbeitsabkommen. Die Verbesserungen in den Kreisen der Wirtschaft“ über das Anwachsen des Soziallebens seien verständlich.

Für die kommunistische Fraktion spricht Genosse Kädel:

Die demokratischen und sozialdemokratischen Abgeordneten haben hier die Wohnungspolitik des Arbeitsministeriums kritisiert. Aber vor einem Jahre war der Demokrat Reichhold Finanzminister, er hat ebenfalls keine Mittel für den Wohnungsbau bereitgestellt. Überall sehen wir Arbeitsstempel mit dem Ziel: Verbesserung der Lebenslage, Erhöhung der Löhne, herunter mit der Arbeitszeit! Wenn es so ist, wie der Reichsarbeitsminister behauptet, daß die Ergebnisse der günstigen Konjunktur dem Arbeiter zugute gekommen sind, warum haben wir dann die Arbeitsstempel?

Es ist allgemein bekannt, daß die Sozialrentner, Kleinrentner, Knappschaffsrentner und die Fürsorgeberechtigten sich geradezu in einer trostlosen Lage befinden. Und die Behauptung, daß die Löhne in neuemwarter Weise erhöht wurden, schlägt den Tatsachen ins Gesicht. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Dies kann mit einer Fülle amtlichen Materials bewiesen werden. In einem Bericht des Landesamts Schießen wird mitgeteilt, daß im Landshuter Kreis von 2400 unterrichteten Kindern 40 bis 70 Prozent im Gewicht, in der Größe und im Körperumfang zurückgeblieben sind. 111 Kinder können aus Mangel an Kleidung keine Schule besuchen, 200 Kinder bekommen zu Hause kein Frühstück, 119 Kinder bekommen kein warmes Mittagessen.

1485 Kinder haben kein eigenes Bett. Der wöchentliche Durchschnittslohn der Textil- und Bergarbeiter ist 8 bis 11 Mark, Wochenlohn in Höhe von 5 bis 6 Mark sind keine Seltenheit. Eine Illustration zu dem Gehwäg über die hohen Löhne geben auch die Tatsachen, aus denen der Tabakarbeiterkampf erwuchs. Nach einer Erhebung im Frühjahr 1927 verdienen 86,77 Prozent der erfahrenen Zigarettenarbeiter unter 18 Mark pro Woche; davon über 42 Prozent 10 bis 15 Mark, über 30 Prozent noch weniger. Nach einer Statistik des christlichen Tabakarbeiterverbandes sind in 29 Orten 118 Familien, die nur einen Wohnraum haben, 325 Familien mit zwei Wohnräumen.

Wir wollen einmal in die Spielwarenindustrie des Erzgebirges, in die Folienindustrie im Frankenthal gehen. Überall werden jammervolle Löhne gezahlt, die Arbeiter leben in den elendesten sozialen Verhältnissen. Die Unternehmer aber verdienen. Nach der Bilanz des letzten Jahres betrug der Betriebüberschuß des Plättchenwerks 33 Millionen Mark. (Hört! hört! b. d. Komm.) Seine Produktion ist um 40 Prozent gesteigert worden.

Über 400 Millionen will der Bürgerblock dieses Jahr im Sozialetat einplanen. Diese Einplanung ist zurückzuführen auf die Einführung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Der Etat bringt also den Beweis für die Behauptung der kommunistischen Fraktion, daß das Arbeitslosenversicherungsgesetz nur dazu dienen soll.

Die Vorkämpfer der Sozialversicherung auf die Arbeiterkraft abzuwälzen.

Aber der sozialdemokratische Redner hat erst gestern wieder dieses Gesetz als einen Fortschritt bezeichnet. Bei diesem Gang nach rechts der Sozialdemokraten haben außer den Bürgerblockparteien auch Demokraten und Sozialdemokraten eifrig mitgearbeitet, ja die Sozialdemokraten haben sich mit besonderer Wärme für das Arbeitslosenversicherungsgesetz eingesetzt und ihm zugestimmt. Nur die kommunistische Fraktion hat einen grundsätzlichen Kampf dagegen geführt. Das Gesetz hat sich außerdem noch als ein Mittel zur Verabschwächung der Zahl der unter-tüpfelten Arbeitslosen gezeigt. Das neue Gesetz war nicht überhaupt keinen größeren Rechtsanspruch für die Arbeitslosen.

Genosse Kädel unterstreicht die Tätigkeit der Schlichtungsinstanzen

von zahlreichen parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitern besucht war und insgesamt eine Beteiligung von 5-1000 Personen aufwies.

## Eine Stahlhelmantwort

Auf unseren Hinweis, daß am Sonntag der Stahlhelm aufmarchieren sollte, erhalten wir heute früh eine Postkarte folgenden Inhalts:

Ihr Bluthunde wollt so helle sein, aber da ich eure Reichheit aus, wenn der Stahlhelm aufmarchiert; diesmal rührt ihr euer eigenes Blut, damit Trost mehr hat. Auf Wiedersehen, wenn wir kommen, aber nicht morgen nach Weiden, sondern später, damit ihr noch bishen Blut sammeln könnt, Gen. Rex.

Kommentar zu diesem Gemümel ist überflüssig. Die Karte zeigt, welche Rindvieher sich im Stahlhelm aufhalten.

## Gautagung und Kundgebung des KZV

Die am Sonnabend und Sonntag stattgefundene Gautagung des KZV leitete eine gute und fortschrittliche Arbeit. Sie zeigte das Anwachsen der roten Front, die Vertiefung der Erkenntnis der KZV-Kameraden für den proletarischen Klassenkampf. Wir berichten über die Konferenz noch eingehend.

Gestern fand zur Unterfertigung der Konferenz ein Aufruf des KZV statt. Trotzdem ein großer Teil der KZV-Kameraden an der Landtagung der Partei teilnahm, waren zu dem Aufruf noch 750 Kameraden erschienen. Die Beteiligung der Bevölkerung war wegen des ungunstigen Wetters gering.

## Warnung vor einem Inzeratenschwindler

Aus der Lausitz wird uns berichtet, daß dort ein unbekannter Schwindler die Geschäftsleute und unsere Zeitung zu schädigen versucht. Der Vursche erklärt den Geschäftsleuten, daß die gefälschten Inzeratenschlüsse nicht mehr gültig wären und daß jetzt mit einer Firma H. A. Günther und Sohn, AG. Berlin SW. 11, Verlagsakt und Buchdrucker, abgeschlossen werde. Diese Firma sollte 20 Prozent billiger ab.

Der Gauner tätigt Abschlüsse und läßt sich die ersten vier Inzerate bezahlen. Das Geld verwendet er selbstständig für sich. Er stellt mit falschem Namen verschiedene Quittungen aus. Bei verschiedenen Quittungen unterschrieb er Rudolf, bei anderen Ludwig.

Wir machen darauf aufmerksam, daß es sich um einen Gauner handelt, der die Geschäftsleute betrügt. Von uns ist ein neuer Abkühlung nirgends getätigt. Alle unsere alten Verträge sind noch in Kraft.

Der Schwindler wird beschreiben als gewandt auftretender mittelgroßer Mann, dunkel gekleidet, Hornbrille.

Wo derselbe auftritt, ersuchen wir sofort die Kriminalbehörde zu benachrichtigen. Wir warnen vor Abschlüssen mit dem Gauner. Verlag der Arbeiterstimme.

ein eingehenden Kritik. Jetzt geht der Bürgerblock auch zu einer Abwägung des Betriebsratsgesetzes über. Nach einem Geheimentwurf, dessen Beratung mit der Erledigung des Etats verbunden worden ist, soll die Maß-Bestimmung des Betriebsratsgesetzes abgeändert werden in eine K a n n -Bestimmung. Nach der Art, wie unsere Industriellen es verstehen, derartige Geheile auszulegen und anzuwenden, wird die Folge sein, daß eine große Reihe von Betrieben in Zukunft ohne Betriebsräte bleibt.

Niemand ist so betrogen worden durch den Bürgerblock wie gerade die Kleinrentner. Man hat im Ausschuh die Notlage, die sich mit den Besügen der Kleinrentner beschließt, wiederholt zurückgestellt. Alle Parteien waren darin einig, nur die kommunistischen Vertreter erhoben den schärfsten Widerspruch.

Genosse Kädel schließt seine Rede mit der Aufforderung an die Arbeiterkraft, mit diesem Schem der sozialen Unterdrückung und Ausbeutung Schluß zu machen. Er schließt mit folgenden Sätzen:

Als Resultat der Bürgerblockpolitik haben wir somit eine fortschreitende soziale Reaktion, eine fortgesetzte Bedrohung der Existenz der Westtätigen und der Hilfsbedürftigen. Wenn wir festhalten müssen, daß das vergangene Stützjahr Erfolge der Kapitalisten, die welche Verwirklichung ihrer Forderungen brachte, so wissen wir, daß diese Politik ihre Fortsetzung finden soll. Nur die geschlossene Front der Arbeiterklasse ist imstande, dieser Politik Einhalt zu gebieten.

Klassenkampf gegen die Klassenpolitik der Bourgeoisie! Das ist die Lösung, mit der wir den Kampf für die sozialen Forderungen der Arbeiterkraft vorantreiben müssen. Nur dann ist der soziale Fortschritt gesichert, wenn hier einigt der Sozialetat

der deutschen Reiche macht

beraten wird. (Lebhafter Beifall b. d. Komm.)  
Vor Schluß der Sitzung verliest der Obermauer Mumm noch seine Entschließung fortzusetzen. Da aber Einspruch gegen die Behandlung erhoben wird, kann der Antrag nicht behandelt werden. Nächste Sitzung Montag, 14 Uhr.

## „Der Staat bin ich!“

Groener trampft auf  
Im Haushaltsausfluß des Reichstages kam es bei Fortsetzung des Reichetats zu einem bescheidenen Zwischenfall. Ministerialdirektor Becht trat als Reichsratsmitglied die Gründe vor, die den Reichsarzt zu beschuldigen Absichten am Reichrat bestimmt hatten, darunter die Tatsache, daß im Reichswahretat noch vorhergehenden Jahre noch 37 Millionen Reichelder vorhanden seien. Herr Groener erhob sich und schloß dem Reichsratsmitglied entgegen: „Die Verantwortung für den Reichswahretat habe ich!“ Punktum. Diese Worte war wohlberednet.

Herr Groener weiß keine parlamentarische und die Reichsratsmitglieder gebührend einzuschämen: Er wird die Gesellschaften einschüchtern. Trampf wurde ihm vom Zentrum abgeordnet Er ging sekundiert, der der preussischen Regierung vorwar, sie solle in ihrem Etat sparen, aber den Reichswahretat unerschoren lassen. Ebenso wandte er sich gegen den Antrag der SPD, die für das nächste Jahr einen Wahretat in Höhe von 500 Millionen wünscht. Eine solche Sonderbehandlung lehnt das Zentrum ab — es könne nur im Gesamtetat gepaart werden. (Zuruf Hermann Müller: So ist ja unser Antrag gemeint!) Also keine Sonderbehandlung der Reichswahretat! (Zuruf Hermann Müller: Jawohl, das ist unsere Meinung!) Diese Demonstration: wir sind nicht gegen die Reichswahretat als Einrichtung und wollen ihre „Schlagkraft“ nicht schwächen, wurde dann noch mehrfach von Sozialdemokraten, insbesondere von Schöpf in unterstützt. Der demokratische Redner von Reichshausen bezeichnete sich als Redner der Opposition gegen die gegenwärtige Regierung. Die Opposition bestehe doch jedoch nicht auf Herrn Groener — im Gegenteil: die Demokraten begrüßen die Programmklärungen Groeners, wie ja auch die SPD auf eine neue Wera hoffe: mit Volkswehr und Republikanisierung der Reichswehr.

Im Interesse einer zukünftigen Regierungsbildung suchen alle Parteien von Deutschnationalen bis zur SPD um Groener zu werden. Der deutsche Imperialismus kann so unter Zustimmung und Förderung dieser „Volksgemeinschaft“ seinen Militarismus aufbauen, Groeners neues Hindenburgprogramm durchzuführen. Nur unter Führung der SPD, der einzigen wirklichen Oppositionspartei, der einzigen antimperialistischen und antimilitaristischen Partei kann der Kampf gegen dieses Schem durchgeführt werden.